

Interfraktioneller Antrag

UmFAIRteilen –Reichtum besteuern“

Antrag: Tübingen tritt dem Bündnis „ Vermögenssteuer jetzt“ bei

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der Gemeinderat spricht sich eindringlich für die Einführung einer Vermögenssteuer aus. Er tritt dem Beispiel der Städte Marburg, München, Konstanz und anderen folgend öffentlichkeitswirksam dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“ bei.
2. Der Gemeinderat fordert den Oberbürgermeister auf, sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung für die Einführung einer Vermögenssteuer einzusetzen.

Begründung:

Ein Gemeinwesen hat dafür Sorge zu tragen, dass durch die eigenen Mittel alle relevanten Aufgaben erledigt werden können.

Durch die Steuersenkungspolitik der vergangenen Bundesregierungen hat sich die Finanzsituation der Öffentlichen Haushalte dramatisch verschlechtert. Gleichzeitig hat der private Reichtum in den Händen weniger in den letzten Jahren massiv zugenommen: So besitzen die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung knapp 70 Prozent des Volksvermögens. Das Vermögen der reichsten 0,5% übersteigt die Höhe der deutschen Staatsverschuldung.

Öffentliche Armut und privater Reichtum bedingen einander. Die Einführung einer Vermögenssteuer kann ein wichtiger Baustein zur Lösung dieses Problems sein. Dazu hat sich ein breites Bündnis gegründet: Mitinitiatoren waren u. a. Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, SJ, vom Nell-Breuning-Institut, Prof. Dr. Rudolf Hickel von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und Ernst Prost, Geschäftsführer der Liqui Moly GmbH. Die Initiative wird parteiübergreifend von Heiner Geißler (CDU) über Sigmar Gabriel (SPD) und Sven Giegold (Bündnis 90/Die Grünen) bis zu Katja Kipping (LINKE) unterstützt.

Die Stadt Tübingen könnte durch den Beitritt zu dieser Initiative ein wichtiges öffentlichkeitswirksames Signal senden und dadurch den Zusammenhang zwischen der angespannten Lage der Kommunalfinanzen einerseits und der fehlenden Besteuerung großer Vermögen andererseits verdeutlichen.

Für die LINKE

Gerlinde Strasdeit

Für die SPD

Martin Sökler

Für die AL/Grüne

Bruno Gebhart-Pietzsch